



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	154
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	155
– Verschleierung von Besteuerungstatsachen	
– Bindungswirkung der Erklärung des Mandanten in der Schlußbesprechung	
– Kostenerstattung für Privatgutachten eines Steuerberaters (OLG Schleswig Urf. v. 4. 6. 87 – 2 U 49/86)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	158
– Verjährung von Regreßansprüchen, § 68 StBerG	
– Schadenentstehung (LG Köln Urf. v. 8. 5. 87 – 17 O 447/86)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	161
– Nicht ordnungsgemäße Buchführung	
– Zuschätzung (LG Münster Urf. v. 15. 7., 2 O 266/87)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	164
– Falscher Umsatzsteuersatz	
– Kalkulationsschaden des Mandanten? (LG Osnabrück Urf. v. 16. 2. 87 – 4 O 316/86 –)	
<b>Steuerberatungsvertrag</b>	165
– Kündigung eines Steuerberatungsvertrages mit Pauschalhonorarvereinbarung (OLG Celle Urf. v. 8. 4. 1987 – 3 U 119/86, StB 1987, 241)	
<b>GI Hinweise</b>	166

## GI Leitsätze

### **Wiedereinsetzung wg. Abweichung von Steuererklärung ohne vorherigen Hinweis**

1. Die Finanzbehörde hat den Stpfl. auf Abweichungen des Steuerbescheids von der Steuererklärung ausdrücklich hinzuweisen. Fehlt ein derartiger Hinweis, so kann der Stpfl. grundsätzlich darauf vertrauen, daß die Steuererklärung ohne Abweichung der Steuerfestsetzung zugrunde gelegt wurde.
2. Zum Merkmal der Kausalität zwischen fehlender Begründung und Fristversäumung.
3. Die Wiedereinsetzung wegen fehlender Begründung nach § 126 Abs. 3 AO führt nicht zu einer Beschränkung des Vorbringens auf die Punkte, in denen die Finanzbehörde die erforderliche Begründung schuldig geblieben ist.

(FG Baden-Württemberg Urt. v. 13.11.1986 – VI K 457/83 = EFG 1987, 155, rechtskr.)

---

### **Bekanntgabe eines Steuerbescheides an Mandanten statt an Steuerberater**

Wird ein Steuerbescheid einem Stpfl. trotz Vorliegens einer Empfangsvollmacht für dessen Steuerberater bekanntgegeben, so wird er erst mit der Weiterleitung an den Empfangsbevollmächtigten wirksam.

(FG Hamburg Urt. v. 17.10.1986 – II 198/86 – EFG 1987, 157, nicht rechtskr.)

---

### **Anzeige einer Praxiseröffnung in Anzeigenblättern**

Der Begriff der „Tagespresse“ i. S. der in Nr. 34 RichtlStB ist weit auszulegen und umfaßt auch periodisch erscheinende Anzeigenblätter.

(OLG Hamm Urt. v. 22.7.1986 – 4 U 180/86 – DStR 1987, 242)

---

### **Ausgleichsanspruch des Haftpflichtversicherers des Treuhänders gegen Dritte**

Der Haftpflichtversicherer des Treuhänders kann gemäß § 67 VVG aus übergegangenem Recht die Baubetreuungsgesellschaft im Wege des Gesamtschuldnerausgleichs nach § 426 BGB in Anspruch nehmen.

(OLG Hamburg Urt. v. 29.10.1986 – 5 U 35/86, DB 1987, 575, rechtskr.)

## Haftung des Steuerberaters

- Verschleierung von Besteuerungstatsachen
- Bindungswirkung der Erklärung des Mandanten in der Schlußbesprechung
- Kostenerstattung für Privatgutachten eines Steuerberaters

(OLG Schleswig Urt. v. 4. 6. 1987 – 2 U 49/86)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater handelt nicht pflichtwidrig, wenn er sich weigert, an einer Verschleierung der Besteuerungsgrundlage durch den Mandanten mitzuwirken.
2. Hat der Mandant in der Schlußbesprechung einer Betriebsprüfung vom Prüfer entdeckte Besteuerungstatsachen bestätigt, so ist er an diese Erklärung gebunden.
3. Holt der Mandant zur Vorbereitung des Prozesses sachverständige Stellungnahmen von anderen Steuerberatern ein, so können die dadurch entstehenden Kosten im Kostenfestsetzungsverfahren als notwendige Prozeßvorbereitungskosten gem. § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO festgesetzt werden.

### Aus den Gründen:

#### Verschleierung von Besteuerungsgrundlagen

Der vom Kläger gegenüber dem Beklagten erhobene Vorwurf, der Beklagte habe anlässlich der Betriebsprüfung im Jahre 1984 gegen Pflichten aus dem damals zwischen den Parteien bestehenden Steuerberatungsvertrag verstoßen, ist nicht begründet.

Nach dem unstreitigen Sachverhalt betreffen die bei der Betriebsprüfung und der anschließenden Steuerfestsetzung nicht als Betriebsausgaben behandelten anteiligen Schuldzinsen für den Negativsaldo des betrieblich und privat genutzten Kontokorrentkontos des Klägers bei der Bank für Gemeinwirtschaft Privatentnahmen des Klägers (S. 6 der Klageschrift vom 21. 6. 1985, Bl. 6 der Akten). Angesichts dieses Umstands ist für die Feststellung eines Beratungsfehlers unter dem Gesichtspunkt, der Beklagte

habe der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur betrieblichen Veranlassung von Schuldzinsen bei bilanzierenden Kaufleuten nicht Rechnung getragen, kein Raum. Zwar hat der IV. Senat des Bundesfinanzhofs in seinem Urteil vom 23.6.1983 (BStBl. II, 725 ff) u. a. ausgesprochen, daß diejenigen über das betriebliche Kontokorrentkonto beglichen Ausgaben, die zur Deckung des üblichen Lebensbedarfs dienten, zur Erhöhung des betrieblichen Kredits führen könnten, und daß in Zweifelsfällen eine Vermutung für den betrieblichen Anlaß der Kreditaufnahme bzw. der Krediterweiterung spreche.

Abgesehen davon, daß diese Entscheidung im steuerrechtlichen Schrifttum auf erhebliche Kritik (vgl. z. B. Schmidt, DStR 1985, 200 ff) gestoßen und bisher vereinzelt geblieben ist – der I. Senat des BFH hat in der Entscheidung vom 5.6.1985 (BStBl. II 219, 222) ausdrücklich offengelassen, ob er der Auffassung des IV. Senats beipflichte – kann der Kläger aus dem Urteil des IV. Senats nichts für sich herleiten.

Deswegen kann dahingestellt bleiben, ob die angeführten Passagen des Urteils vom 23.6.1983, die die Entscheidung nicht tragen, überhaupt für die zivilrechtliche Beurteilung eines Beratungsfehlers heranzuziehen wären. Der IV. Senat des BFH hat nämlich zugleich ausgesprochen, daß einer anderen Beurteilung dann geboten sei – also keine Vermutung für eine betriebliche Veranlassung der Kreditaufnahme/-Erweiterung –, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtung angenommen werden müsse, daß mit der Zahlung ein Kredit für außerbetriebliche Zwecke aufgenommen werde, der lediglich buchmäßig über das Kontokorrentkonto abgewickelt werde.

So liegt es nach dem unstreitigen Sachverhalt hier. Vom Beklagten nicht beachtete höchstrichterliche Rechtsprechung dahin, daß durch eindeutig nicht betriebsbezogene Ausgaben entstandene Schuldzinsen als Betriebsausgaben abzugsfähig seien, lag weder damals noch jetzt vor und dürfte aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 13.3.1979 (BVerfGE 50, 386) bei unveränderter Gesetzeslage auch nicht in Betracht kommen. Eine Verpflichtung, bei einer etwaigen Verschleierung der Besteuerungsgrundlagen mitzuwirken oder den hier unstreitigen Sachverhalt vor der Steuerbehörde zu verheimlichen, oblag dem Beklagten aus dem Beratungsverhältnis zum Kläger nicht.

### **Bindung an Erklärungen in der Schlußbesprechung**

Soweit der Kläger einen Beratungsfehler des Beklagten darin sieht, daß dieser ihm von einem Einspruch gegen die auf der Grundlage des

Betriebsprüfungsergebnisses ergangenen Steuerbescheide abgeraten bzw. nicht zugeraten hat, kommt es darauf nicht an. Entscheidend ist wegen der durch die beiderseits übereinstimmenden Erklärungen in der Schlußbesprechung der Betriebsprüfung eingetretenen Bindung (BFH, BStBl. II 1985, 354, 357 m.w.N.) der Zeitpunkt der Schlußbesprechung. Die hier ausweislich des Betriebsprüfungsberichts erzielte Übereinstimmung über die Ausgliederung der privaten Schuldzinsen und deren Höhe ist tatsächlicher Natur, so daß – obgleich die Verständigung über Besteuerungstatsachen regelmäßig rechtliche Folgen unmittelbar nach sich zieht – kein unzulässiger Vergleich über Steueransprüche vorlag. Wegen der Bindung an die Erklärungen bei der Schlußbesprechung sind die Erwägungen der Berufung zu einem hypothetisch günstigen Ausgang etwaiger Rechtsbehelfsverfahren unzutreffend.

Die grundsätzliche Problematik des Schuldzinsenabzugs ist im übrigen nach der vom Zeugen A. bestätigten, vom Kläger nicht mehr bestrittenen Behauptung des Beklagten während der Schlußbesprechung mit dem Kläger besprochen worden. Soweit der Kläger seine widersprüchlichen Angaben aus der erstinstanzlichen Parteianhörung vom 30. 1. 1986 (Bl. 123 d. A.) vor dem Senat dahin klargestellt hat, ihm seien die Einzelheiten nicht mehr rememberlich, er habe aber dem Beklagten nach der Schlußbesprechung gesagt, er – der Kläger – habe die Problematik nicht verstanden, ergeben sich daraus keine Anhaltspunkte dafür, daß dem Beklagten eine unzureichende Unterrichtung des Klägers vor dem Ende der Schlußbesprechung bekannt gewesen sei oder sich ihm habe aufdrängen müssen, was Voraussetzung einer unzureichenden Unterrichtung des Klägers gewesen wäre. Die Auffassung des Klägers, der Beklagte sei zu einer zutreffenden Beratung damals nicht im Stande gewesen, was aus einer unzutreffenden Würdigung der BFH-Rechtsprechung vor und im Prozeß durch den Beklagten folge, teilt der Senat nicht.

### **Kosten zur Vorbereitung des Prozesses**

Danach war die Berufung wegen der mit der Klage verfolgten Ansprüche aus Steuer- (Mehr-) Belastungen zurückzuweisen. Hinsichtlich der Beträge von zusammen 2.352,74 DM gemäß den Rechnungen der Steuerbevollmächtigten J. vom 31. Januar 1985 und des Steuerberaters B. vom 2.12.1984 ist die Klage hingegen unzulässig. Ihr fehlt das Rechtsschutzinteresse, weil der Kläger die Forderung insoweit im Kostenfestsetzungsverfahren einfacher hätte titulieren lassen können.

Es handelt sich nach eigener Darstellung des Klägers um notwendige Prozeß- (Vorbereitungs-) Kosten im Sinne des § 91 Abs. 1 S. 1 ZPO. Solche

sind regelmäßig anzunehmen, wenn eine fachunkundige Partei einer fachkundigen Partei gegenübersteht und sich zur Schaffung ausreichender Klagegrundlagen und zur unmittelbaren Vorbereitung des Prozesses sachverständiger Hilfe bedient (z. B. OLG München, NJW 1972, 2273; OLG Zweibrücken, JurBüro 1983, 1399; vgl. im übrigen Zöller-Schneider, 15. Aufl., § 91 ZPO RNr. 13 Stichworte „Privatgutachten“ und „Vorbereitungskosten“ mit weiteren Nachweisen). Der Kläger hat sich von seiner allgemein für ihn tätigen Steuerbevollmächtigten speziell „in dieser Angelegenheit“ beraten lassen und auf das vorprozessuale Ablehnungsschreiben des Beklagten vom 19. September 1984 eine gesonderte Stellungnahme des Steuerberaters B. eingeholt.

#### **Weiterführende Hinweise:**

Zur Berücksichtigung von Steuerberatungskosten, die zur Vorbereitung eines Prozesses entstanden sind:

LG Duisburg Ur. v. 23.4.1985 – 11 O 570/82 GI 27/85;  
OLG Köln Beschl. v. 14.3.1984 – 17 W 99/84; GI 27/85

### **Haftung des Steuerberaters**

- Verjährung von Regreßansprüchen, § 68 StBerG
  - Schadenentstehung
- (LG Köln Ur. v. 8.5.87 – 17 O 447/86)

#### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Für die Schadenentstehung kommt es nicht auf den Zeitpunkt der rechts- oder bestandskräftigen Feststellung der Steuerpflicht durch die Finanzgerichte oder Finanzbehörden an.
2. Hat der Steuerberater versehentlich die Vollmacht dem Finanzgericht nicht eingereicht, so entsteht der Schaden des Mandanten spätestens im Zeitpunkt der Klagezurückweisung.

3. Hat der Steuerberater versehentlich den Einspruch gegen einen Steuerbescheid nicht begründet, so ist der Schaden mit Ablauf der Einspruchsbegründungsfrist bzw. der Frist für die Abgabe der Steuererklärungen eingetreten.
4. Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, den Mandanten auf Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist hinzuweisen, wenn dieser rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist wegen der Regreßfrage anwaltlich beraten wird.
5. Der Verjährungseinrede steht nicht der Einwand unzulässiger Rechtsausübung entgegen; wenn der Mandant auf die Aufforderung der Haftpflichtversicherung, einige Fragen zu dem Schadenfall zu beantworten, nicht reagiert, sondern mehr als 1 1/2 Jahre später Klage erhebt.

#### **Aus den Gründen:**

Der Kläger kann von der Beklagten keinen Schadenersatz wegen Verletzung ihrer Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag verlangen. Dabei bedarf es keiner Aufklärung, ob die Beklagte schuldhaft ihre vertraglichen Pflichten gegenüber dem Kläger verletzt hat. Jedenfalls sind etwaige Schadenersatzansprüche aus dem Vertragsverhältnis mit der Beklagten verjährt.

Gem. § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus einem Steuerberatungsvertrag in 3 Jahren von dem Zeitpunkt an, indem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch ist entstanden, wenn er klageweise, bei Ungewißheit über die Schadenhöhe auch durch Feststellungsklage, geltend gemacht werden kann. Hierfür ist erforderlich und ausreichend, daß sich die Vermögenslage des Auftraggebers verschlechtert hat, wenn auch die Höhe des Schadens noch nicht festzustehen braucht (vgl. BGHZ 55, 341; BGHZ 73, 365).

Der Schaden des Klägers ist spätestens mit Abweisung der von der Beklagten eingelegten Klage vor dem Finanzgericht Köln durch Urteil vom 23.2.1982 entstanden. Ab diesem Zeitpunkt verschlechterte sich die Vermögenslage des Klägers insoweit, als die Steuerbescheide des Finanzamtes nicht mehr – etwa durch Nachholung der entsprechenden Steuererklärungen im finanzgerichtlichen Verfahren – zugunsten des Klägers bzw. der Firma G. KG abgeändert werden konnten.

Entgegen der Auffassung des Klägers hat die Verjährungsfrist nicht erst mit der rechtskräftigen Zurückweisung der gegen das finanzgerichtliche Urteil eingelegten Revision begonnen. Der Schaden entsteht nämlich

nicht erst mit der rechts- oder bestandskräftigen Feststellung der Steuerpflicht durch die Finanzgerichte oder Finanzbehörden (vgl. OLG Celle DStR 1978, 681, 682; Gehre, StBerG, § 68 Rn. 8). Diese Entscheidungen haben nur deklaratorischen Charakter, begründen aber die Steuerpflicht nicht. Der Schaden tritt bereits mit Verschlechterung der Vermögenslage infolge der Pflichtverletzung des Steuerberaters ein.

Stellt man für eine Pflichtverletzung der Beklagten darauf ab, daß sie ohne Vollmacht vor dem Finanzgericht Klage erhob, so trat eine Verschlechterung der Vermögenslage des Klägers in dem Zeitpunkt ein, als die Klage zurückgewiesen wurde. Sieht man die Pflichtverletzung entsprechend der Behauptung des Klägers darin, daß die Beklagte den Einspruch gegen die Steuerbescheide des Finanzamtes nicht begründet oder gar die Steuererklärungen für die Jahre 1977 und 1978 fristgerecht abgegeben hat, so ist der Schaden des Klägers bereits früher, nämlich mit Ablauf der Einspruchsbegründungsfrist bzw. der Frist für die Abgabe der Steuererklärungen eingetreten.

Ebenso kommt es für den Beginn der Verjährungsfrist nicht darauf an, ob der Kläger Kenntnis vom Schadeneintritt hatte (vgl. BGH NJW 1982, 1285, 1288).

Die spätestens am 23.2.1983 beginnende 3-jährige Verjährungsfrist war zum Zeitpunkt der Klageeinreichung am 20.8.1986 abgelaufen. Der Verjährungseinrede der Beklagten kann auch nicht der Einwand entgegengesetzt werden, die Beklagte habe ihre Pflicht zur Belehrung des Klägers über die für den Schadenersatzanspruch geltende Verjährungsfrist verletzt.

Zwar ist der Steuerberater verpflichtet, den Auftraggeber auf den gegen ihn gerichteten Schadenersatzanspruch und die drohende Verjährung hinzuweisen (BGH GI 8/82 = NJW 1982, 1285). Unterläßt er eine Belehrung in dieser Hinsicht, so kann ihn daraus eine selbständige Schadenersatzverpflichtung treffen, die zur Folge hat, daß der Steuerberater gem. § 249 BGB den Mandanten so zu stellen hat, als sei die Verjährung des Regreßanspruchs nicht eingetreten (BGH GI 32/85 = NJW 1985, 2250). Dies gilt jedoch dann nicht, wenn der Mandant des Steuerberaters nicht belehrungsbedürftig ist, weil er noch rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist wegen der Regreßfrage anwaltlich beraten wird (BGH GI 8/82 = NJW 1982, 1288, 1532).

Dies war hier der Fall. Wie aus dem Schreiben der Bevollmächtigten der Beklagten an die Prozeßbevollmächtigten des Klägers vom 28.12.1984 ersichtlich ist, hatte der Kläger bereits vor Ablauf der Verjährungsfrist am



23.2.1986 wegen der Schadenersatzansprüche gegen die Beklagte um anwaltlichen Rat nachgesucht.

Der Verjährungseinrede kann auch nicht der Gegeneinwand der Arglist oder der unzulässigen Rechtsausübung entgegengesetzt werden. Dabei kann offenbleiben, ob die Beklagte durch das Schreiben vom 28.12.1984 ihrer Prozeßbevollmächtigten den Eindruck erweckte, sie werde den Anspruch nur mit Einwendungen in der Sache bekämpfen und sei mit einem Hinausschieben der Klageerhebung einverstanden. Der Kläger hat jedenfalls auf die Aufforderung der Haftpflichtversicherung der Beklagten vom 16.1.1985, zu dem Schadenfall einige Fragen zu beantworten, nicht reagiert, sondern mehr als 1 1/2 Jahre später Klage erhoben. Bei dieser Sachlage kann er nicht geltend machen, die Beklagte könne sich wegen des Hinweises auf ihre Haftpflichtversicherung nicht auf die Verjährung berufen.

Es kommt auch keine Hemmung der Verjährung während der Regulierungsverhandlung in Betracht, weil das hier maßgebliche Recht der Geschäftsbesorgung eine gesetzliche Hemmvorschrift, die mit der Bestimmung des § 852 Abs. 2 BGB vergleichbar ist, nicht kennt.

### **Haftung des Steuerberaters**

- Nicht ordnungsgemäße Buchführung
- Zuschätzung

(LG Münster Ur. v. 15.7.87, 2 O 266/87)

#### **Leitsätze (d. Verf.):**

Die Darlegung eines Schadens aufgrund einer Schätzung des Finanzamtes setzt die Darstellung der Buchführung und Bilanzerggebnisses bei ordnungsgemäßer Buchführung voraus.

Es ist nicht ausreichend, auf die vom Finanzamt gerügte unzureichende Buchführung zu verweisen.

#### **Zum Sachverhalt:**

Der Steuerberater hatte den Auftrag zur Hilfeleistung bei der Erstellung der Buchführung der Mandantin. Im Rahmen einer Umsatzsteuersonder-

prüfung stellte das Finanzamt sich auf den Standpunkt, daß wegen der völlig unzureichenden Buchführung eine vollständige Prüfung nicht möglich sei. Sie nahm daher eine Vollschatzung vor. Die Mandantin nahm daraufhin den Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch und behauptete, die durch die Vollschatzung verursachten Steuern seien ein Schaden im Rechtssinne.

Der Steuerberater behauptet, die unzureichende Buchführung beruhe allein auf der chaotischen Ablagepraxis der Mandantin. Er habe aus dieser Ablagepraxis noch das Beste gemacht. Er vertritt darüber hinaus die Auffassung, daß ein möglicher Schaden nur aufgrund einer neuen vollständigen Buchführung zu ermitteln sei.

#### **Aus den Gründen:**

Die Klägerin kann von dem Beklagten nicht die Zahlung des Schadenersatzes in der geltend gemachten Höhe verlangen. Dabei kann dahinstehen, ob die von der Steuerbehörde gerügte unzureichende Buchführung von dem Beklagten zu vertreten ist, da jedenfalls **ein Schaden als Folge dieser Buchführung nicht festgestellt werden kann**.

Der Schaden besteht in der Differenz der tatsächlichen Vermögenslage der Klägerin nach der Schätzung durch die Steuerbehörde mit der hypothetischen Vermögenslage im Falle einer ordnungsgemäßen Buchführung. Der von der Klägerin geltend gemachte Schaden ist danach nur dann eingetreten, wenn das Ergebnis einer ordnungsgemäßen Buchführung mit der von dem Beklagten erstellten Bilanz 1981 identisch wäre.

Das ist jedoch von dem Kläger nicht vorgetragen. Dieser stellt sich auf den Standpunkt, daß bei ordnungsgemäßer Buchführung zu einer Erhöhung des Umsatzes und einer Verminderung der Vorsteuerbeträge im Wege der Schätzung keine Veranlassung bestanden hätte.

Dieser Gedanke ist zwar im Grundsatz richtig. Er berücksichtigt jedoch nicht, daß eine ordnungsgemäße Buchführung nicht zwangsläufig das Ergebnis der von dem Beklagten erstatteten Bilanz gehabt hätte. Vielmehr ist zu erwarten, daß eine vollständige Buchführung zu anderen Ergebnissen gekommen wäre, möglicherweise sogar zu den Ergebnissen, die von der Steuerbehörde zwecks Veranlagung der Klägerin im Wege der Schätzung zugrundegelegt worden sind. Offenbar ist die Steuerbehörde, ja auch aufgrund der unvollständigen Buchführung davon ausgegangen, daß die fraglichen Zahlen im Sinne der Schätzung zu erhöhen bzw. zu vermindern sind. Die Schätzung dient der Ermittlung der richtigen Steuerbeträge und nicht der Bestrafung für eine unzureichende Buchführung.

Daher kann letztlich nicht ausgeschlossen werden, daß eine korrekte Buchführung durch den Beklagten zu einer Verringerung der Vorsteuerbeträge und zu einer Verringerung des ausgewiesenen Verlustes geführt hätte, möglicherweise sogar bis zur Höhe der von der Steuerbehörde vorgenommenen Schätzung. Ein durch den Beklagten verursachter Schaden könnte daher nur aufgrund einer neuen vollständigen Buchführung und Bilanz für das Jahr 1981 ermittelt werden. Die Darlegungs- und Beweislast trägt insoweit die Klägerin.

Etwas anderes könnte etwa dann gelten, wenn der Beklagte der Klägerin aufgrund seiner unzureichenden Buchführungstätigkeit die Erstellung einer vollständigen Bilanz unmöglich gemacht hätte. In diesem Falle könnte sich die Beweislast umkehren. Diese Voraussetzungen hat die Klägerin jedoch nicht dargelegt, so daß die Beweislast bei ihr zu verbleiben hatte und die Klage somit abzuweisen war.

### Weiterführende Hinweise

- |  |  |
|--|--|
| 1. Ziel der Schätzung gem. § 162 AO darf es niemals sein, Steuerpflichtige für die Nichterfüllung ihrer steuerlichen Pflichten zu bestrafen. Schätzungen dürfen nur das Ziel verfolgen, dem steuerlichen Sachverhalt möglichst nahe zu kommen.                         | BFH BStBl. 1967, III, 686  |
| 2. Allein der Umstand, daß das Finanzamt eine – aus der Sicht des Steuerpflichtigen unzutreffende – Schätzungsveranlagung vorgenommen hat, kann keinen Schaden begründen. Vielmehr dürfen die in der Schätzung festgelegten Gewinne tatsächlich nicht entstanden sein. | LG Kassel<br>Urt. v. 12. 6. 85<br>GI 38/85   |
| 3. Zur Darlegungs- und Beweislast hinsichtlich eines Schätzungsschaden.  | BGH Urt. v. 9. 2. 82,<br>GI 15/82 = BGHZ 84,<br>244 = NJW 82,<br>2238 = ZIP 82, 1214 |
| 4. Die Änderung von Schätzungsbescheiden wegen neuer Tatsachen nach § 173 AO   | Mihm NWB Fach 2,<br>S. 4647  |

## **Haftung des Steuerberaters**

- Falscher Umsatzsteuersatz
  - Kalkulationsschaden des Mandanten?
- (LG Osnabrück Urt. v. 16.2.1987 – 4 O 316/86 –)

### **Leitsatz (d. Verf.):**

Zur Darlegung eines Kalkulationsschadens, wenn für den Mandanten versehentlich der halbe Steuersatz zugrundegelegt wurde und es später zu einer Umsatzsteuernachzahlung kommt.

### **Zum Sachverhalt:**

Der Mandant des Steuerberaters unterhielt als selbständiger Fleischermeister einen Hausschlachtungsbetrieb. Den Umsätzen des Mandanten wurde fälschlicherweise der halbe Steuersatz zugrunde gelegt.

Nachdem das Finanzamt eine Überprüfung des Mandanten angekündigt hatte, entdeckte der Steuerberater seinen Irrtum und riet zur Abgabe einer Selbstanzeige. Dies hatte eine sofortige Nachzahlung für die Veranlagungszeiträume 1980 bis 1985 zur Folge. Wegen der irrtümlich zu geringen Umsatzsteuerbelastung in den Veranlagungszeiträumen 1980 bis 1985 hatte der Mandant darüber hinaus zu viel Einkommensteuer zu versteuern gehabt. Er ist darüber hinaus der Meinung, ihm sei ein Schaden in Höhe der Umsatzsteuernachzahlung entstanden. Wenn der Steuerberater ihn richtig beraten hätte, so wäre die Umsatzsteuer in seine Preise einkalkuliert worden.

### **Aus den Gründen:**

Die Klage ist überwiegend unbegründet. Erfolg hat sie nur im Hinblick auf die in den Jahren 1980 bis 1985 zu viel entrichtete Einkommensteuer.

Dem Kläger ist es nicht gelungen, darzulegen, daß ihm bei der Mehrwertsteuer überhaupt ein Schaden entstanden ist.

Der vom Gericht zu Rate gezogene Sachverständige Sch. hat, was diese Frage anlangt, ausgeführt, entscheidend sei das Verhältnis der vom Kläger berechneten Preise zu denen seiner Konkurrenten. Ein Schaden kann nach dem Gutachten nur entstanden sein, wenn der Kläger seine Konkurrenten deutlich unterboten hätte – und dies deshalb, weil er weniger Umsatzsteuer abgeführt hat, als seine Mitbewerber. In dem

anderen Falle würde durch die Steuernachzahlung nur ein ungerechtfertigter Vorteil kompensiert, den der Kläger in den Jahren 1980 bis 1985 eingestrichen hat.

Der Sachverständige hat sein Gutachten an Zahlenbeispielen plausibel erläutert. Die Kammer hat keine Veranlassung, von den Ergebnissen der Beweisaufnahme abzugehen, um so weniger, als auch der Kläger der Betrachtungsweise des Sachverständigen nicht entgegengetreten ist.

Es kommt also entscheidend darauf an, ob die Umsatzsteuer für den Kläger überhaupt ein Kalkulationsfaktor gewesen ist, der ihm, irrtümlich nur zur Hälfte berechnet, einen wettbewerbsmäßigen Vorteil verschafft hat. Dazu hat der Kläger keinerlei Tatsachen vorgetragen. Er beruft sich in diesem Zusammenhang lediglich auf ein Sachverständigengutachten – ein Beweisantritt, der eindeutig unzulässig ist. Würde die Kammer ihm folgen, so hätte dies nämlich einen seinen Ausmaßen unabsehbaren Ausforschungsbeweis zur Folge. Es ist Sache des Klägers, Anknüpfungstatsachen vorzutragen, auf deren Grundlage der Sachverständige sein Gutachten erstatten kann. Dazu wäre es zunächst erforderlich gewesen, das Muster seiner eigenen Kalkulation darzulegen um dann weiter Vergleichspreise seiner Konkurrenz zu nennen. Es entspricht nicht der Prozeßordnung und wäre im übrigen unzumutbar, dem Gericht und dem Sachverständigen insoweit die notwendigen Ermittlungen zu überlassen.

## **Steuerberatungsvertrag**

- Kündigung eines Steuerberatungsvertrages  
mit Pauschalhonorarvereinbarung

(OLG Celle Ur. v. 8.4.1987 – 3 U 119/86, StB 1987, 241)

### **Leitsätze (d. Verf.):**

Die Kündigungsbestimmung des § 628 Abs. 1 Satz 3 BGB ist dann nicht anwendbar, wenn die Kündigungsmöglichkeit des § 627 BGB zulässigerweise vertraglich abbedungen wurde.

Bestand zwischen dem Mandanten und dem Steuerberater eine Pauschalhonorarvereinbarung (§ 14 StBGebV), so steht dem Steuerberater

das Pauschalhonorar noch bis zur Beendigung des Steuerberatungsvertrages zu, ohne daß er verpflichtet wäre, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses noch Leistungen zu erbringen, die das Vertragsverhältnis während der Vertragszeit betreffen.

**Anmerkung:**

Für die vorzeitige Beendigung eines Anwaltsvertrages hat der Bundesgerichtshof im Urt. v. 16.10.1986 (GI 1987, 35) festgestellt, daß ein vereinbartes Pauschalhonorar nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB auf den Teil herabzusetzen ist, der der bisherigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes entspricht.

Zu Fragen der Kündigung eines Steuerberatungsvertrages:  
OLG Düsseldorf Urt. v. 4.6.1987 GI 1987, 99; OLG Düsseldorf Urt. v. 3.7.1986 GI 1987, 102; AG Sinzig Urt. v. 30.12.1986 GI 1987, 108.

Umfangreiche weiterführende Hinweise zur Kündigung des Steuerberatungsvertrages und zum Honoraranspruch in GI 1987, 40 f.

**GI Hinweise:**

**2 Bücher für den Praktiker:** Bereits in 7. Auflage haben der Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht Romanovszky und der Wirtschaftsprüfer Rux das Buch „Vorteilhafte Gesellschaftsverträge: Vertragsmuster und Hinweise für die Praxis“ herausgegeben. Das Buch bewährt sich als praktischer Ratgeber und gibt einen fundierten Überblick über gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Möglichkeiten und Besonderheiten. Die 7. Auflage wurde durch ein Kapitel „Häufig vorkommende Fehler in Gesellschaftsverträgen“ erweitert. (Haufe-Verlag)

In der Form eines Skriptums hat der Richter am Finanzgericht, Dürr, den Gang eines Finanzgerichtsprozesses dargestellt. Die 80 Seiten starke Broschüre „Der Steuerberater vor dem Finanzgericht“ enthält eine Vielzahl von Prozeßempfehlungen, die Dürr aus seiner langjährigen Tätigkeit beim Finanzgericht ableitet. (Informationsverlag)

### **Sachverhaltsermittlung durch das Finanzamt (§ 99 AO)**

Im Vorgriff auf eine Neufassung des Einführungserlasses zur AO 1977 ist bereits jetzt u. a. nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Die Aufklärungspflicht der Finanzbehörden wird durch die Mitwirkungspflicht der Beteiligten (§ 90) begrenzt. Die Finanzbehörden sind nicht verpflichtet, den Sachverhalt auf alle möglichen Fallgestaltungen zu erforschen. Für den Regelfall kann davon ausgegangen werden, daß die Angaben des Steuerpflichtigen in der Steuererklärung vollständig und richtig sind (BFH-Urt. v. 17.4.1969, BStBl. 1969 II, 474). Die Finanzbehörde kann den Angaben eines Steuerpflichtigen Glauben schenken, wenn nicht greifbare Umstände vorliegen, die darauf hindeuten, daß seine Angaben falsch oder unvollständig sind (BFH-Urt. v. 11.7.1978, BStBl. 1979 II, 57). Sie verletzt ihre Aufklärungspflicht nur, wenn sie Tatsachen oder Beweismittel außer acht läßt und offenkundigen Zweifelsfragen nicht nachgeht, die sich ihr den Umständen nach ohne weiteres aufdrängen mußten (BFH-Urt. v. 16.1.1964, BStBl. 1964 III, 149; vom 13.11.1985, BStBl. 1986 II, 241). Im Rahmen der Prüfung zugunsten des Steuerpflichtigen muß die Finanzbehörde ihrer Pflicht zur Fürsorge für den Steuerpflichtigen (§ 89) gerecht werden. So ist auch die Verjährung von Amts wegen zu berücksichtigen.

(Vfg. OFD Nürnberg v. 1.6.1987 – S 0223 – 6/St 24, STEUER-TELEX 2843)

---

### **Unterstützungskassen im neuen Handelsrecht**

Zum Jahresabschluß 1987 sind Kapitalgesellschaften verpflichtet, in einem Anhang zur Bilanz nicht ausgewiesene Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen (Fehlbeträge) aufzuführen.

Insbesondere bei der Gestaltungsform Unterstützungskasse sind aufgrund der steuerlichen Restriktionen Fehlbeträge fast unvermeidbar. Die steuerlichen Zuwendungsmöglichkeiten gemäß § 4 d EStG sind im Bereich der Anwartschaften sehr eingeschränkt.

Zur Ermittlung der Fehlbeträge benötigen die betroffenen Unternehmen nun ein versicherungsmathematisches Gutachten. Bisher wurden die Steuerwerte und die Beitragsbemessungsgrundlage für den Pensions-Sicherungs-Verein auf der Basis einfacher Faktorentabellen häufig von den Unternehmen selbst ermittelt. Die steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe werden ihrer Klientel für die handelsrechtliche Bewertung zum 31.12.1987 die Einschaltung eines versicherungsmathematischen Gutachters empfehlen. Das Gerling Institut für Betriebliche Altersversorgung erstellt solche Gutachten und bietet Möglichkeiten der versicherungsmathematischen Betreuung. Das gilt nicht nur für Unterstützungskassen, sondern auch für das Finanzierungsmedium Pensionsrückstellung.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–10, 1987)

<b>Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.</b>			
– § 9 IV	87, 70	– Kalkulationsschaden, USt	87, 164
<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>		– Schätzungsschaden	87, 161
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73
<b>Anlageberatung</b>		<b>Dienstvertrag</b>	
– Bonitätsprüfung	87, 51	– Anwaltsvertrag	87, 36
– Liquiditätsbelastung	87, 51, 119	<b>Dritthaftung</b>	
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51, 121	– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34
– Provisionsgeschäfte s. dort	87, 51, 121	– sittenwidrige, vorsätzliche	87, 27
– unentgeltliche –	87, 52	Schädigung, § 826 BGB	
<b>Antrag</b>		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27
– Investitionszulage	87, 20	= Kreditgeberschutz	87, 27
= zuständiges Finanzamt		= Zwischenabschluß	87, 27
<b>Anwaltsvertrag</b>		<b>Fahrtkosten</b>	
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	– zwischen Kanzlei und Wohnung	87, 134
– mit Sozietät	87, 145	mit Arbeitszimmer	(LS)
<b>Arglistseinwand</b>		<b>Fristenkontrolle</b>	
– gegenüber Verjährungseinrede,		– unverschuldetes Säumnis/	87, 20
§ 68 StBerG	87, 158	Brief an unzuständiges FA	
<b>Auskunft des FA</b>	87, 129	<b>Geldstrafe/-buße</b>	
<b>Bauherrenmodell</b>		– Schaden	87, 24, 125
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	<b>Haftungsbeschränkung in AGB</b>	
– Treuhänder	87, 69	– Haftungshöchstsumme	87, 34
– Vertragsentwürfe d. StB	87, 141	– vorvertragliche Pflichtverletzung	87, 141
<b>Bekanntgabe d. St.-Bescheides</b>		<b>Herausgabeanspruch</b>	
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	87, 154	– gespeicherter Buchhaltungsdaten	87, 116
(LS)		<b>Honoraranspruch d. RA</b>	
<b>Belehrungspflicht</b>		– vorzeitige Beendigung des Mandats,	87, 35
– Art der Belehrung	87, 66	§ 13 BRAGO	
(LS)		– Herabsetzung des –, § 3	87, 34
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	87, 119	Abs. III BRAGO	
– Ende der –	87, 50	– Pauschalhonorar	87, 34
= und Mandatsende		– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94
– über eigene Fehler	87, 49	(LS)	
= schuldhafte Verletzung der –		<b>Honoraranspruch d. StB</b>	
– über Gebühren, Kosten, Prozeßkostenhilfe	87, 134	– bei nichtigem Beratungsvertrag	87, 141
– über steuerliche Risiken	87, 120, 135	– Buchführungsmandat	87, 9, 112
<b>Beratung</b>		– vorzeitiges Mandatsende, § 14 StBGebV	87, 165
– prognostische	87, 122	– Verjährung	87, 9
<b>Berichtigung gem. § 173 AO</b>		<b>Honorarforderung d. StB</b>	
– Mitarbeiterverschulden	87, 44	– Fälligkeit	87, 112
(LS)		– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112
– neue Tatsache	87, 44	<b>Konkursverwalter, Haftung des –</b>	
(LS)		– Betriebsfortführung	87, 26
<b>Betriebsprüfung</b>		(LS)	
– Bindung an Erklärung i. Schlußbesprechung	87, 156	<b>Kostenerstattung i. Regreßprozeß</b>	
<b>Beweislast</b>		– USt auf Reisekosten des RA	87, 116
– für Fehlberatung	87, 66, 80	– Privatgutachten z. Prozeßvorbereitung	87, 157
(LS)		<b>Kündigung des Mandats</b>	
<b>Buchführungsauftrag</b>		– fristlose – § 627 BGB	87, 99, 108
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– durch Mandanten	87, 35, 98
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	– durch StB zur Unzeit	87, 102
– Verschleierung v. Besteuerungsgrundlagen	87, 155	– wegen Verzug des StB	87, 98, 99
<b>Darlegungslast für Regreßanspruch</b>		<b>Literatur- u. Rechtsprechungshinweise</b>	
– Anlageberatungsvertrag	87, 45	– Darlegungs- und Beweislast für Regreß	
– Buchungsfehler	87, 102	gegen StB	87, 106
		– Honoraranspruch	87, 40



– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40	<b>Steuerberater</b>	
– Mandatsvertrag mit Sozietät	87, 146	– erlaubte Rechtsberatung	87, 141
– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88	– internationale Zusammenarbeit mit Berufskollegen	87, 116
– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69	<b>Steuerberatungsgesellschaft</b>	
– Wiedereinsetzung	87, 23	– mit berufsfremdem Gesellschafter	87, 66 (LS)
<b>Mehrfachberufler, Wp/StB/RA</b>	87, 67	<b>Steuerberatungsgesetz</b>	
<b>Mitverschulden</b> (§ 254 BGB)		– § 4 Ziff. 5	87, 13
– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6	= durch Unternehmensberater	87, 14
<b>Notar, Gebühren des</b>		– § 57	
– Verrechnung mit Anderkontengeld	87, 94	= Gebührenerzahlung durch Dritte	87, 17, 19
– Sachverhaltsermittlung	87, 8	= Unabhängigkeit	87, 17
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7	= Werbeverbot	87, 116
– Treuhandgelder	87, 94 (LS)	<b>Steuerberatungsvertrag</b>	
<b>Prospekthaftung</b>		– und Anlageberatungsvertrag	87, 35
– bei Bauherrenmodell	87, 54	– Auflösung des –	
– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54	= zum Jahresende	87, 99
<b>Prospektprüfer</b>		<del>Unternehmensberater</del>	87, 102
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54	– Auflösung der StB-Sozietät	87, 98
– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54	– Dienstvertrag	87, 99, 102, 108
<b>Provisionsgeschäfte</b>		– Kündigung durch Mandanten	87, 35, 165
– Rückforderung der	87, 85	– Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32
– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung	87, 117	– mit Sozietät	87, 145
– Zahlung an Strohmann	87, 86	– Werkvertrag	87, 98
<b>Rechtsanwalt</b>		– Zustandekommen des –	87, 52
– Antrag eines Versäumnisurteils	87, 128	= Indiz: Honorarzahlung	
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)	<b>Steuerhinterziehung</b>	
<b>Rechtsbeistand</b>		– Fortsetzungstat	87, 2
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2
<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>		– USt-Erstattungsanspruch	87, 2
– Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages	87, 141	– Verjährung	87, 2
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)	<b>Testat</b>	
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27
– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)	– Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27
– durch Steuerberater	87, 141	<b>Treuhänder</b>	
– durch Versicherungsmathematiker/Rentenbescheid	87, 12 (LS)	– Auskunftspflicht des –	87, 94 (LS)
– durch Vertragserstellung	87, 141	– Belehrung über steuerliche Risiken	87, 135
<b>Sachverhaltsermittlung</b>	87, 8	– Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94 (LS)
– durch das Finanzamt	87, 167	– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92
<b>Sachverständiger</b>		– Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl. Grundlagen	87, 89
– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)	– Verjährung des Regreßanspruch	87, 67, 81
<b>Schaden</b>		– Verschulden des	87, 136
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24	– Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89
– Geldbuße	87, 24, 125	– Zustimmung zur Umplanung	87, 89
– Kalkulationsschaden, USt	87, 164	<b>Unerlaubte Handlung</b>	
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73	– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
<b>Schätzung, § 162 AO</b>		<b>Unterschlagung</b>	
– Schaden		– Buchführungsmandat	87, 4
= Bindung an Erklärung i. Schlußbesprechung	87, 156	– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6
= Darlegungslast	87, 161	<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>	87, 134
		<b>Verjährung</b>	
		– des Honoraranspruchs	87, 9
		<b>Verjährung</b> (§ 51a WPO)	
		– Mehrfachberufler	87, 67

- vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81	<b>Vorsatz</b>	
- Treuhand	87, 67, 81	- sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
<b>Verjährung</b> (§ 68 StBerG)		<b>Vorvertraglicher Regreßanspruch</b>	
- Schadenentstehung	87, 47, 83	- gegen Treuhandkommanditisten	87, 135
= keine Einspruchsbegründung	87, 158	- Verjährung des -	87, 83
= Kapitalanlage		<b>Werbeverbot</b>	
= Rechtskraft d. St.-Bescheides/FG-Urteils	87, 158	- Praxiseröffnungsanzeige i. Anzeigenblatt	87, 154 (LS)
= Steuererklärung nach Fristablauf	87, 158	<b>Werkvertrag</b>	
= unterlassene Vollmachtvorlage	87, 158	- Konkursbuchhaltung	87, 98
- Sekundäranspruch	87, 49, 158	- Zustandekommen des -	
= Belehrungspflicht		<b>Wiedereinsetzung</b>	
= Verschulden	87, 49	- wg. Abweichens von StE ohne Hinweis	87, 154 (LS)
- Treuhand	87, 67	- Fristenkontrolle	87, 20
<b>Verschulden</b>		= falsches FA	
- Belehrung über Fehler	87, 49	= Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20
- des Treuhänders	87, 136	- Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20
<b>Versicherungsschutz</b>		<b>Wirtschaftsprüfer</b>	
- Ausgleichsanspruch d. Versicherers gg. Dritte	87, 154 (LS)	- Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81
- Klagefrist § 12 Abs. III VWG	87, 26 (LS)	- Treuhand	87, 67, 81
<b>Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter</b>		<b>Zurückbehaltungsrecht</b>	
- zugunsten des Kreditgebers	87, 27	- an gespeicherten Buchhaltungsdaten	87, 116 (LS)
- Prospektprüfungsvertrag zugunsten des Bauherrn?	87, 54		
<b>Vertragsgestaltung</b>			
- Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7		
- durch Steuerberater	87, 141		

BGH v. 28.1.1986 - I StR 611/85	87, 2	BGH v. 4.3.1987 - IVa ZR 222/85	87, 119
= wistra 86, 142		BGH v. 11.3.1987 - IVa ZR 290/85	87, 81
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		BGH v. 1.4.1987 - IVa ZR 211/85	87, 84
BGH v. 2.7.1986 - 3 StR 87/86	87, 2	= WM 1987, 725	
= wistra 86, 257		BGH v. 2.4.1987 - IX ZR 68/86	87, 80
BGH v. 1.10.1986 - IVa ZR 108/86	87, 26	= WM 1987, 725 = ZIP 1987, 1058	(LS)
= VersR 1987, 39	(LS)	BGH v. 20.5.1987 - IVa ZR 36/86	
BGH v. 9.10.1986 - I ZR 138/84	87, 13	= ZIP 1987, 1054	87, 117
= WM 1987, 85 = EBE 1987, 36		OLG Celle v. 8.4.1987 - 3 U 119/86	87, 165
= JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens		= StB 1987, 241	
BGH v. 9.10.1986 - I ZR 16/85	87, 18	OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 - 18 U 45/86	87, 98
= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40		OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 - 18 U 190/84	87, 98
= EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski)			(LS)
= JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens		OLG Düsseldorf v. 15.5.1986 - 2 U 80/85	87, 128
BGH v. 16.10.1986 - III ZR 67/85	87, 35	OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 - Ss 125/86	87, 2
= WM 1987, 265		= wistra 86, 273	
BGH v. 6.11.1986 - IX ZR 125/85	87, 7	OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 - 18 U 45/86	87, 102
BGH v. 26.11.1986 - IVa ZR 86/85	87, 27	OLG Düsseldorf v. 27.11.1986 - 8 U 237/85	87, 134
= WM 1987, 257 = ZIP 1987, 376		= AnwBl. 87, 283	(LS)
= DB 1987, 828 = BB 1987, 371		OLG Düsseldorf v. 22.1.1987 - 18 U 146/86	87, 125
= EWIR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfe)		OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 - 18 U 8/87 (rkr.)	87, 99
= WuB IVa § 328 BGB 1.87 (Joheke)		OLG Hamburg v. 29.10.1986 - 5 U 35/86	87, 154
BGH v. 4.12.1986 - IX ZR 47/86	87, 26	= DB 1987, 575	(LS)
= ZIP 1987, 115	(LS)	OLG Hamburg v. 10.12.1986 - V U 50/86	87, 68
BGH v. 5.2.1987 - IX ZR 65/86	87, 66	= EWIR § 68 StBerG 1/87	
= 1987, 590	(LS)	(Graf v. Westphalen)	

OLG Hamm v. 22.7.1986 – 4 U 180/86 = DStR 1987, 242	87, 154 (LS)	AG Neuss v. 24.11.1986 – 37 C 530/86 = AnwBl. 87, 284	87, 134 (LS)
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3	AG Sinzig v. 30.12.1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108
OLG Koblenz v. 20.6.1986 – 2 U 534/85	87, 141	LAG Hamm v. 13.5.1986 – II Sa 2354/85	87, 12
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45	= RBeistand 1986, 166 m. Anm. (LS)	
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85	87, 12 (LS)
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)	= RBeistand 1986, 131	
OLG München v. 23.4.1986 – 15 U 1566/83	87, 135	BFH v. 9.10.1986 – IV R 135/84	87, 66 (LS)
OLG Schleswig v. 4.6.1987 – 2 U 49/86	87, 155	= BStBl. 1987 II, 124	
LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89	BFH v. 24.3.1987 – I B 117/86	87, 134 (LS)
LG Braunschweig v. 11.1.1987 – 5 = 432/84 = StB 1987, 15	87, 116 (LS)	= LEXinform 0074883	
LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85	87, 12 (LS)	FG Baden-Württemberg v. 17.11.1986 – VI K 457/83 = EFG 1987, 155	87, 154 (LS)
= RBeistand 1986, 129		FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F	87, 66 (LS)
LG Düsseldorf v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 = STEUER-TELEX 338/87	87, 116 (LS)	= NJW 1987, 344	
LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24	FG Hamburg v. 17.10.1986 – II 198/86	87, 154 (LS)
LG Flensburg v. 11.12.1986 – 1 S 69/86 = RBeistand 1987, 50	87, 134 (LS)	= EFG 1987, 157	
LG Itzehoe v. 4.12.1986 – 7 O 207/86	87, 145	FG Köln v. 25.6.1986 – VI 120/82 F	87, 134 (LS)
LG Kleve v. 20.2.1987 – I O 340/86	87, 73	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15	87, 94	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
BNotO 1.86, Reithmann		FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
LG Köln v. 8.5.1987 – 17 O 447/86	87, 158	BdF Schr.v. 24.6.1987	87, 129
LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51	= Finanznachrichten v. 26.6.1987	
LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)	= DStR 1987, 437	
LG Münster v. 15.7.1987 – 2 O 266/87	87, 161	OFD Frankfurt Vfg.v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20	87, 41
LG Osnabrück v. 16.2.1987 – 4 O 316/86	87, 164	= Wpg 1987, 47	
LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54	OFD Nürnberg v. 1.6.1987 – S 0223 – 6/St 24	87, 167
		BDiG v. 29.1.1987 – IV VL 37/85	87, 116 (LS)
		= Mdr 1987, 467	

### Buchempfehlungen:

Romanovszky/Rux, Vorteilhafte Gesellschaftsverträge, 7. Auflage 1987  
Dürr, Der Steuerberater vor dem Finanzgericht, 1987

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.